

COESFELD'S STADTBOTE

DEZ.'84

"...ist auf dieser Welt
einfach unersetzlich..."



Interviews und
Konzertberichte

Herbert Grönemeyer

Ulrich Roski
Fehlfarben
Stephan Sulke
.....

Coesfeld nach der Wahl

NUR 1,-

Liebe Leserin, lieber Leser!

Manch einer wird sich erschrecken, wenn er/sie sieht, wieviel Raum wir einer im Rat vertretenen Partei zur Wahlanalyse und zur Darstellung einer (der 1.) Ratssitzung zur Verfügung stellen.

Der STADTBOTE schreibt sich keineswegs die Floskel "ÜBERPARTEILICH" auf die Fahne, denn überall wo es um heikle, ernstzunehmende Dinge geht, und der Stadtrat ist in jedem Fall eine ernste Angelegenheit, wollen wir durch kritische Beiträge auch "ungefilterte" Informationen geben und zur Debatte anregen. Schließlich sollen ja nicht die Redakteure ein Urteil fällen, sondern der Leser.

Die GRÜNEN Coesfelds halten ihre Ansichten bislang nicht

hinterm kommunalen Aktenberg verborgen. Vielmehr wünschen sie eine aktive Mitarbeit der interessierten Coesfelder Bürger. Ob diese politische Arbeitspraxis besonders vielversprechend ist sei dahingestellt.

Der STADTBOTE hat sich bereiterklärt diesen Bericht von Peter Jansen, einem Ratsmitglied der GRÜNEN, vollständig und unzensuriert abzdrukken. -Übrigens erst nach langer Diskussion, die politischen Anschauungen innerhalb der Redaktion gehen von tiefschwarz bis leuchtendgrün.-

Der Bericht enthält Informationen über die GRÜNEN Coesfeld, den Verlauf der 1. Ratssitzung und stellt Fragen zu höchst seltsamen Praktiken zweier Coesfelder Parteien (siehe: die letzten 4 Absätze). *Dut*



DIE GRÜNEN im Rat der Stadt Coesfeld



DIE HINTERGRÜNDE DER ERSTEN RATSSITZUNG

Ich will im folgenden versuchen, den Weg der GRÜNEN vom Wahltag bis zur ersten Ratssitzung zu beschreiben. Das ist nötig, weil einerseits die Verhandlungen nur von ganz wenigen Leuten geführt wurden, aber viele davon betroffen sind und andererseits, weil die Berichterstattung der Presse zu wünschen übrigließ.

Sicherlich interessieren die Hintergründe einer solchen Ratssitzung nur ganz wenige; die Materie ist sehr kompliziert und schwer zu beschreiben. Schließlich hat aber jeder ein Recht darauf zu erfahren, wie sich die Parteien in der ersten Phase der Ratsarbeit verhalten haben.

1. DAS WAHLERGEBNIS

...sah für die GRÜNEN ja gar nicht so schlecht aus. Gegenüber der Europawahl haben wir etwas zugelegt, über Erwarten viele Stimmen waren es aber auch wieder nicht. Für die GRÜNEN also ein redlich gutes Ergebnis. Gott sei Dank ist die PDP 'rausgeflogen und die UWG hat weniger Stimmen bekommen, als alle befürchtet hatten. Die SPD hat ihre schweren Einbußen sicherlich den GRÜNEN zu verdanken. Und die CDU hat bestätigt bekommen, daß sie tun kann, was sie will, die absolute Mehrheit ist ihr sicher.

Von den 45 Sitzen halten die CDU 25, die SPD 13, GRÜNE 4, UWG 3.

2. D'HONDT

Bei der Wahl des Bürgermeisters, bei der Verteilung der Ausschußvorsitze und Benennung der Ausschußmitglieder spielt das Verteilungsverfahren nach dem D'Hondtschen Höchstzahlenprinzip eine wichtige Rolle. Dabei wird die Anzahl der Stimmen nacheinander durch 1,2,3 usw. geteilt. Das sieht für Coesfeld so aus:

	CDU	SPD	GRU	UWG
: 1	25	13	4	3
: 2	12,5	6,5	2	1,5
: 3	8,3	4,3	1,3	1

Nun werden die Ergebnisse der Reihe nach sortiert:

1. Höchstzahl: 25 (CDU)
2. Höchstzahl: 13 (SPD)
3. Höchstzahl: 12,5 (CDU)
4. ...

Daraus ergibt sich die Reihenfolge der Zugriffe für die verschiedenen Posten. Also 1. Zugriff CDU, 2. Zugriff SPD, 3. Zugriff CDU usw. Die GRÜNEN hätten demnach den 10. Zugriff, die UWG den 14. Zugriff, die CDU wieder den 15. Zugriff.

Deshalb tat die CDU nach einem Gespräch mit der SPD schon in der ersten Woche nach der Wahl kund, daß die Größe der Ausschüsse durch eine Satzungsänderung so verändert werden soll, daß jede Partei stimmberechtigt in den Ausschüssen vertreten sein solle. Kultur-, Schul- und Sportauschuß sollten 15 Mitglieder haben. (Natürlich hätten auch 14 Mitglieder genügt, um der UWG die Mitarbeit zu sichern, aber den 15. Zugriff hatte ja die CDU, die mit ihrer absoluten Mehrheit die Satzung ändern kann, wie sie es will.

3. MÖGLICHE LISTENVERBINDUNGEN

Das Verteilungsverfahren bleibt bei einer Listenverbindung das gleiche. Bei den Höchstzahlen sieht die Grafik dann s.B. so aus:

	CDU	LISTE (SPD, GRU, UWG)
:1	25	20 (=13+4+3)
:2	12,5	10
:3	8,3	6,6

Daraus ergeben sich Zugriffe in folgender Reihenfolge: CDU, Liste, CDU, Liste, CDU, Liste ...

Dieses Beispiel einer Listenverbindung von SPD, GRÜNEN und UWG ist dasjenige, bei dem sich die CDU am schlechtesten gestanden hätte. In diesem Fall wäre nämlich auch der 15. Zugriff der Liste zugefallen.

Der CDU ging es also darum, vor dem Tagesordnungspunkt "Satzung" zu erfahren, ob die Oppositionsparteien eine Listenverbindung eingehen (dann gibt es 14er Ausschüsse) oder nicht (dann gibt es

15er Ausschüsse), während es uns darum ging, erst dann mit der Listenverbindung herauszurücken, wenn der Tagesordnungspunkt "Satzung" abgeschlossen war und die Ausschüsse definitiv aus 15 Mitgliedern bestehen. Deshalb wurden die Verhandlungen zwischen SPD, Grünen und UWG mehr oder weniger geheim geführt, wozu wir durch unsere Dienstagsrunde auch beauftragt waren. Die Geheimhaltung war eine kleine Chance, die CDU sich selber austricksen zu lassen. Für die GRÜNEN führten außer mir Henning, Uli und Erwin die Verhandlungen.

Ausgangspunkt war für die GRÜNEN: Wenn wir keine Listenverbindung eingehen, die anderen gehen aber eine ein, stehen wir uns ganz schlecht. Wir mußten deshalb unbedingt eine Listenverbindung mit der SPD, mit der UWG oder mit beiden anstreben. Am besten stehen wir uns mit einer Liste SPD, GRÜNE, UWG oder genau so gut SPD, GRÜNE, wenn die UWG keine Listenverbindung mit der CDU eingeht.

Wir waren uns einig, daß eine Listenverbindung nur insofern etwas über Verbundenheit aussagt, als daß wir es gleichgültig oder besser finden, wenn SPD oder UWG einen Sitz bekommen, den ohne Liste die CDU bekommen hätte. In diesem Meinungsspektrum "gleichgültig" oder "besser" befinden sich die GRÜNEN nach wie vor, es ist noch nicht ausdiskutiert. Aus der Sicht beider Meinungen heraus war eine Listenverbindung aber sinnvoll.

Für die SPD sah es ähnlich aus: Sie brauchten irgendeine Listenverbindung, möglichst mit den GRÜNEN und die UWG wird deshalb mit eingeschlossen, damit sie nicht zur CDU überläuft. (Das ist jedenfalls die rechnerisch günstigste Position der SPD gewesen)

Für die UWG war die Liste interessant, um auch in den Aufsichtsrat der Stadtwerke (ein 9er Gremium) hineinzukommen und vielleicht war auch noch ein Sitz im Sparkassenzweckverband (ein 4er Gremium) drin.

Die CDU hätte sich rechnerisch mit einer Listenverbindung mit der UWG unwesentlich besser gestanden als ohne Liste. Die politischen Nachteile wären dann aber zu groß gewesen;

Uns interessiert, ob auch weiterhin unzensurierte Berichte/ Meinungen usw. im STADTBOTEN abgedruckt werden sollen.

Deshalb schreiben Sie uns ihre Ansicht zu diesem Bericht bzw. zu dieser Thematik.

(Leserbriefe an die Redaktionsadresse oder in einen der knallroten STADTBOTEN-BRIEFKÄSTEN, z.B. vor der Buchhandlung Wüllner.)

4. ERSTE KONTAKTE

Die SPD sprach sich bei der CDU dafür aus, die Ausschüsse zu vergrößern. Vielleicht hat es auch andere Absprachen gegeben, aber Genaues wissen wir da nicht.

Die UWG sprach mit der SPD über eine mögliche Dreierverbindung SPD, GRÜNE, UWG.

Ich selbst sprach mit Heins Wietholt (UWG) ab, daß, wenn die SPD im Dreiergespräch mit überzogenen Forderungen auftreten sollte, auch eine Listenverbindung GRÜNE - UWG möglich sei.

Es hat wohl auch ein Gespräch zwischen CDU und UWG gegeben, aber die CDU scheint an einer Listenverbindung nicht interessiert gewesen zu sein, sonst hätte Herr Wietholt das als Verhandlungsposition einbringen können (entweder ... oder die UWG mit der CDU).

5. EIN VORGESPRACH

Die Hauptverhandlung zwischen SPD, GRÜNEN und UWG sollte erst im Anschluß an das interfraktionelle Gespräch (DI 16.00Uhr) stattfinden, zu dem die CDU eingeladen hatte. Dann hätte man die Frage nach der Listenverbindung noch ehrlich verneinen können, so die etwas um die Ecke gedachte Argumentation.

Vor diesem Triumviratgespräch trafen sich SPD und GRÜNE am Montag, um die wichtigsten Verhandlungspunkte abzuklären. Wie gesagt, die UWG hatte ja eigentlich nichts einzubringen, als daß sie evtl. mit der CDU eine Verbindung einginge.

6. DAS INTERFRAKTIONELLE GESPRÄCH (DI 16.00 Uhr)

Dazu hatte die CDU geladen. Das sei so üblich, es seien Formalitäten abzuklären, die Öffentlichkeit nicht eingeladen. Wir konnten dem Gespräch nicht fernbleiben, weil wir durch Vereinbarungen der anderen hätten ausgebootet werden können. An nicht öffentlichen Sitzungen mit der CDU nehmen wir aber nicht teil, also haben wir eine relative Öffentlichkeit dadurch erreicht, daß wir mit 12 Personen an dieser Runde teilnahmen.

Im Nachhinein war das Gespräch nur insofern ergiebig, als wir die Spitzenkandidaten der anderen kennenlernten und sie durch dumme Fragen wie "Was bedeutet das Wort 'hold' im Treueschwur, den die Ratsmitglieder ablegen sollen?" völlig ins Schleudern bringen konnten. Wenn alle etwas schwören, von dem keiner weiß, was es bedeutet, muß man das ja mal sagen.

7. DIE HAUPTVERHANDLUNG (DI 16.00 bis 24.00 Uhr)

Im Anschluß an das interfraktionelle Gespräch trafen sich SPD, GRÜNE und UWG zur Hauptverhandlung. Herr Wietholt kam zu diesem Gespräch erst später hinzu und überließ die Verhandlungsführung dem ersten 2 bis 3 Stunden den beiden anderen UWG-Mitgliedern Jürgen Schoneck und Elke Knobel. Ergebnis war für die UWG ein sicherer Platz im Stadtwerke-Aufsichtsrat und ein an Eventualitäten geknüpfter Vorsitz im Kulturausschuß. Dafür hätte die UWG im Falle, daß der Jugendausschuß ein 14er Ausschuß würde, auf ihren ohne Liste sicheren Platz verzichtet. Die GRÜNEN hätten nach diesem Verhandlungsergebnis in mehreren Ausschüssen 2 Mitglieder und evtl. den Vorsitz im Kulturausschuß gehabt. Diesem Ergebnis stimmte auch der inzwischen dazugestoßene Heins Wietholt zu.

Immerhin gelangt jetzt jeder Bürgerantrag vor den Hauptausschuß, d.h. wir erfahren wenigstens davon. Anscheinend war außer uns keiner auf die Debatte um den Bürgerantrag vorbereitet. Alle waren so sehr mit Listenverbindung und Besetzung der Ausschüsse beschäftigt. Vielleicht auch meinte der Stadtdirektor, und in der ersten Sitzung etwas unterjubeln zu können. Unser Antrag auf "atomwaffenfreie Zone" wäre nach dem Entwurf garnicht mehr vor ein politisches Gremium gelangt und dann auch sinnlos gewesen. Letztendlich hätte der Rat ein Stück Entscheidungskompetenz an die Verwaltung abgegeben.

Im Laufe der Debatte versuchte Josef Vennes die Regelung zu rechtfertigen, daß ein Antrag nur dann zugelassen werden soll, wenn er nicht schon einmal gestellt worden ist; denn, so der Bürgermeister, sonst würde die Ratsversammlung zur "Quasselbude". Mit diesem Hitlerzitat aus der Weimarer Zeit stieß er auf harten Widerstand bei GRÜNEN und der SPD. Willi Erdmann hat darauf sehr gut pariert. Welches Selbstverständnis steckt denn auch dahinter? Vielleicht: "Im Rat wird nur serious geredet, während in Bürgeranträgen bzw. im Sprechen über Bürgeranträge nur 'gequasselt' wird."

Von CDU-Seite kam schließlich noch ein sehr fragwürdiges Argument: Eigentlich sei der Bürgerantrag ohnehin überflüssig, weil sich ja jeder auch so an "seinen" Ratsvertreter wenden könne. Getreu dem Motto "Alle Macht geht von den (Rats-) Herren aus.". Da fehlte nur noch, daß wir ja eigentlich alle "eine große Familie" sind.

In einem weiteren Punkt ging es darum, ob für interfraktionelle Sitzungen die Unkostenpauschale von 18,50 DM gezahlt werden soll. Als Henning vorgerechnet hatte, wieviel Geld die einzelnen Fraktionen denn so bekommen, war der Vorschlag schnell vom Tisch.

Insgesamt haben wir uns jedenfalls bei diesen Punkten gut durchsetzen können und einiges, was sonst eine Selbstverständlichkeit gewesen wäre, ins Wanken gebracht.

Zwischendurch wurde dann noch beschlossen, den Planungsausschuß in "Umwelt- und Planungsausschuß" umbenennen. Das hilft überhaupt nichts, da ja die Aufgaben des Ausschusses nicht neu definiert werden, dient der CDU aber als Deckmäntelchen ihres mangelnden Engagements gegenüber den Verursachern.

Nun ging es an die Machtverteilung. Bevor über die Größe der Ausschüsse beschlossen wurde, fragte man aus der CDU mehr oder weniger offen, ob denn nun eine Listenverbindung geplant sei oder nicht. Die SPD-Spitze sog sich durch ausweichende Antworten aus der Affäre. Jedenfalls wollte man es nicht ausdrücklich verneinen und so war allen klar, daß entgegen aller Vorankündigungen die Ausschüsse nur 14 Mitglieder haben würden. Das Stadtwerke-Gremium wurde von 9 auf 8 Mitglieder verkleinert. Unsere Geheimniskrämerei hatte also nichts genützt.

Nun sollten die Ausschüsssitze verteilt werden. SPD und GRÜNE teilten mit, daß sie eine Listenverbindung eingehen. Gelächter bei der CDU.

Die Benennung der Ausschußmitglieder war dann eine seitraubende Formsache.



